



meine
Bayerische Vermögen
Wealth. Next Generation.

BROSCHÜRE NACHHALTIGKEITSPRÄFERENZEN

I. Erläuterung der Nachhaltigkeitspräferenzen

1. Einleitung

Die Vereinten Nationen haben 17 Entwicklungsziele, die sogenannten Global Goals, für eine nachhaltige Entwicklung definiert. Zur Erreichung dieser Ziele will die Europäische Union auch die Finanzdienstleistungsindustrie in die Pflicht nehmen.

Die Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit wird unter dem Stichwort „ESG“ geführt. Auch wirtschaftliche Tätigkeiten sollen diesen Zielen der Ökologie, der sozialen Gerechtigkeit und den Prinzipien der guten Unternehmensführung (Good Governance) dienen. Unternehmen gelten als nachhaltig, wenn sie durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit versuchen, diese Ziele zu erreichen. Der europäische Gesetzgeber verpflichtet Institute, bei ihren Kunden deren Präferenzen hinsichtlich der Nachhaltigkeit abzufragen. Die Nachhaltigkeitspräferenz ist die Entscheidung eines Kunden, ob und inwieweit er Nachhaltigkeitsaspekte in seiner Vermögensanlage berücksichtigen will. Dazu sieht die Gesetzgebung mehrere Alternativen vor. Wir erlauben uns, Ihnen die zur Auswahl stehenden Nachhaltigkeitspräferenzen nachfolgend zu erläutern.

2. Die Nachhaltigkeitspräferenzen

Der europäische Gesetzgeber möchte Ihnen als Kunden die nachfolgenden Nachhaltigkeitspräferenzen zur Auswahl anbieten:

2.1. Nachhaltigkeit entsprechend der Taxonomieverordnung

Die strengste Nachhaltigkeitspräferenz ist die nach der Taxonomieverordnung (EU) 2020/852. Dadurch können Sie bestimmen, ob ein Mindestanteil in ökologisch nachhaltige Investitionen im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2020/852 angelegt werden soll. Das sind Finanzinstrumente, die der Taxonomieverordnung entsprechen, d.h. dem Regelwerk der EU zur Definition ökologischer Investments. Das sind Wirtschaftstätigkeiten, die einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung eines der Umweltziele nach Art. 9 der Taxonomieverordnung leisten und keine erhebliche Beeinträchtigung der anderen Umweltziele mit sich bringen.

Durch die sogenannte Taxonomie soll festgelegt werden, welche wirtschaftliche Tätigkeit als nachhaltig/ökologisch eingestuft werden darf. Es werden 6 Umweltziele definiert:

- Klimaschutz
- Anpassung an den Klimawandel
- Nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen
- Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft
- Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
- Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme

Nach der Taxonomieverordnung wird eine Wirtschaftstätigkeit durch ein Unternehmen dann als ökologisch eingestuft, wenn sie mindestens eines der oben genannten sechs Umweltziele wesentlich fördert und die anderen Umweltziele nicht wesentlich beeinträchtigt. Die technischen Einzelheiten werden durch die delegierte Rechtsakte (EU) 2022/1288 definiert. Zum Beispiel gilt die Personenbeförderung durch Busse als ökologisch, wenn die dazu eingesetzten Fahrzeuge keine direkten CO₂-Abgas-Emissionen verursachen. Solche Definitionen gelten auch für Produktionsprozesse, z.B. darf für die Herstellung von flüssigem Roheisen nicht mehr als 1,331112 t CO₂-Äq pro Tonne emittiert werden. Für den Immobilienbereich wird z.B. festgelegt, dass

- der Primärenergiebedarf nicht den Schwellenwert für Niedrigenergiegebäude überschreiten darf.
- Die Gesamtenergieeffizienz zertifiziert werden muss.
- Zusätzliche Anforderungen werden an den Wasserdurchfluss von Wasserhähnen, Duschen und Toiletten gestellt, daneben muss ein 70-prozentiger Mindestanteil von recyclingfähigen Bau- und Abbruchabfällen gewährleistet sein, zusätzlich gelten detaillierte Vorgaben für die Verwendung ökologischer Baustoffe.

Um den Ansprüchen der Taxonomie zu genügen, müssen Unternehmen sicherstellen, dass die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte, einschließlich der Grundprinzipien und Rechte aus den 8 Kernübereinkommen, die in der Erklärung der internationalen Arbeitsorganisation über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit festgelegt sind, und aus der internationalen Charta der Menschenrechte, befolgt werden.

Die Maßstäbe aus der Taxonomie würden für Sie ein höchstmögliches Maß an Nachhaltigkeit sicherstellen. Die Problematik der Taxonomie liegt zum gegenwärtigen Stand u.a. darin, dass kapitalmarktorientierte Unternehmen noch nicht vollumfänglich zu einer entsprechenden Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet sind. Voraussichtlich erst ab dem Jahr 2025 werden die Transparenzpflichten stark ausgeweitet. Zum derzeitigen Stand müssen wir dadurch davon ausgehen, dass der Anteil an Unternehmen, die entsprechend der Taxonomie tätig sind, bei deutlich unter 10% liegt.

Für unser Institut ist es daher gegenwärtig noch nicht möglich, Ihnen ein risikoadjustiertes und diversifiziertes Portfolio aus Finanzinstrumenten von Emittenten zusammenzustellen, die entsprechend dem Regelwerk der europäischen Taxonomie produzieren.

2.2. Nachhaltigkeit entsprechend der Offenlegungsverordnung

Die zweite Nachhaltigkeitspräferenz, die Sie als Kunde wählen können, sind Finanzinstrumente, bei denen Sie als Kunde bestimmen, dass ein Mindestanteil in nachhaltige

Investitionen im Sinne von Artikel 2 Nummer 17 der Verordnung (EU) 2019/2088, der sog. Offenlegungsverordnung, angelegt werden sollen. Das sind wirtschaftliche Tätigkeiten, die zur Erreichung eines Umweltziels beitragen, gemessen beispielsweise an Schlüsselindikatoren für Ressourceneffizienz bei der Nutzung von Energie, erneuerbarer Energie, Rohstoffen, Wasser und Boden, für die Abfallerzeugung und Treibhausgasemissionen oder für die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die Kreislaufwirtschaft, oder eine Investition in eine wirtschaftliche Tätigkeit, die zur Erreichung eines sozialen Ziels beiträgt, insbesondere eine Investition, die zur Bekämpfung von Ungleichheiten beiträgt oder den sozialen Zusammenhalt, die soziale Integration und die Arbeitsbeziehungen fördert oder eine Investition in Humankapital oder zugunsten wirtschaftlich oder sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen, vorausgesetzt das auch Grundsätze guter Unternehmensführung angewendet werden.

Wählen Sie als Kunde diese Nachhaltigkeitspräferenz, würden Sie sich für eine mittlere Stufe an Nachhaltigkeit entscheiden. Die Problematik dieser Nachhaltigkeitspräferenz ist leider eine ganz Ähnliche, wie die oben dargestellte zu den Finanzinstrumenten, die der Taxonomieverordnung entsprechen sollen. Es ist schwierig, eine genaue Abgrenzung der jeweiligen wirtschaftlichen Tätigkeiten vorzunehmen, welche dieser Vorgabe entsprechen sollen. Die in der Vorschrift genannten Schlüsselindikatoren sind gesetzlich nicht definiert und müssen in der Praxis erst noch entwickelt werden. Zum gegenwärtigen Stand ist diese Normierung noch kaum entwickelt. Zudem sind die Unternehmen noch nicht verpflichtet, entsprechend den genannten Schlüsselindikatoren zu berichten und in ihrer nichtfinanziellen Berichterstattung fehlen überwiegend noch Äußerungen zu den Schlüsselindikatoren.

Für uns als Institut ist es daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich, die wirtschaftliche Tätigkeit von Emittenten eindeutig dieser Nachhaltigkeitspräferenz zuzuordnen.

2.3. Nachhaltigkeit durch Berücksichtigung von PAI's

Die dritte Nachhaltigkeitspräferenz ist die Entscheidung von Ihnen als Kunde, Finanzinstrumente zu berücksichtigen, welche die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigen. Definitionen hierzu finden Sie in Art. 4, 6 und 7 der Offenlegungsverordnung.

Die nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren werden anhand sogenannter Nachhaltigkeitsindikatoren bestimmt. Diese Nachhaltigkeitsindikatoren (englisch auch Principal Adverse Impact, abgekürzt PAI) sind

Indikatoren für Investitionen in Unternehmen, in die investiert wird	
Klima	
	Nr. 1 Treibhausgasemissionen
	Nr. 2 CO ₂ -Fußabdruck

	Nr. 3 THG-Emissionsintensität der Unternehmen, in die investiert wird
	Nr. 4 Engagement in Unternehmen, die im Bereich der fossilen Brennstoffe tätig sind
	Nr. 5 Anteil des Energieverbrauchs und der Energieerzeugung aus nicht erneuerbaren Energiequellen
	Nr. 6 Intensität des Energieverbrauchs nach klimaintensiven Sektoren
Biodiversität	
	Nr. 7 Tätigkeiten, die sich nachteilig auf Gebiete mit schutzbedürftiger Biodiversität auswirken
Wasser	
	Nr. 8 Emissionen in Wasser
Abfall	
	Nr. 9 Anteil gefährlicher und radioaktiver Abfälle
Menschen- und Arbeitsrecht	
	Nr. 10 Verstöße gegen die UNGC-Grundsätze und gegen die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen
	Nr. 11 Fehlende Prozesse und Compliance-Mechanismen zur Überwachung der Einhaltung der UNGC-Grundsätze und der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen
	Nr. 12 Unbereinigtes geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle
	Nr. 13 Geschlechtervielfalt in den Leitungs- und Kontrollorganen
	Nr. 14 Engagement in umstrittene Waffen (Anti-Personenminen, Treumunition, chemische und biologische Waffen)
Indikatoren für Investitionen in Staaten und supranationale Organisationen	
	Nr. 15 Treibhausgasemissionsintensität
	Nr. 16 Länder, in die investiert wird, die gegen soziale Bestimmungen verstoßen
Indikatoren für Investitionen in Immobilien	
	Nr. 17 Engagement in fossilen Brennstoffen durch die Investition in Immobilien
	Nr. 18 Engagement in Immobilien mit schlechter Energieeffizienz

Die deutsche Kreditwirtschaft, der deutsche Derivateverband und der Bundesverband der Investmentunternehmen haben ein Verbändekonzept vorgelegt, um Finanzinstrumente anhand dieser Indikatoren zu clustern. Als Unternehmen, welche wesentliche PAI's berücksichtigen, werden Unternehmen definiert, die eine dezidierte ESG-Strategie mit Berücksichtigung der Standard-PAI's zu Umwelt- und/oder Sozialthemen verfolgen. Zusätzlich müssen diese Unternehmen Mindestausschlüsse berücksichtigen. Diese Mindestausschlüsse bedeuten:

Für Unternehmen:

- Rüstungsgüter über 10% (geächtete Waffen über 0%)
- Tabakproduktion über 5%
- Kohle über 30%
- Schwere Verstöße gegen UN Global Compact (ohne positive Perspektive):

- Schutz der internationalen Menschenrechte
- Keine Mitschuld an Menschenrechtsverletzungen
- Wahrung der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Kollektivverhandlungen
- Beseitigung von Zwangsarbeit

- Abschaffung der Kinderarbeit
- Beseitigung von Diskriminierung bei Anstellung und Erwerbstätigkeit
- Vorsorgeprinzip im Umgang mit Umweltproblemen
- Förderung größeren Umweltbewusstseins

- Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien
- Eintreten gegen alle Arten von Korruption

Für Staatsemittenten keine schwerwiegenden Verstöße gegen Demokratie- und Menschenrechte.

Zudem müssen die Emittenten zur Umsetzung von Praktiken guter Unternehmensführung einen anerkannten Branchenstandard für sich akzeptieren, in Deutschland z.B. den deutschen Corporate Governance Kodex.

3. Ihre Entscheidung

Sie sind nicht verpflichtet, sich für eine der oben dargestellten Nachhaltigkeitspräferenzen zu entscheiden. Wir sind als Anbieter bemüht, Ihnen ein Angebot unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitspräferenzen unterbreiten zu können.

Bitte berücksichtigen Sie dabei, dass wir zum gegenwärtigen Stand noch nicht auf eine ausreichende Datengrundlage von Unternehmen zurückgreifen können. Erst in Zukunft werden Unternehmen verpflichtet werden, in ihrer nichtfinanziellen Berichterstattung detaillierte Angaben zum Anteil ihrer Investition und ihrer Umsätze in wirtschaftlichen Tätigkeiten zu machen, die z.B. der Taxonomieverordnung entsprechen. Die Verpflichtungen werden nur größere Unternehmen treffen, nicht aber kleinere und mittlere Unternehmen. Diese werden wahrscheinlich nur zu einer eingeschränkten Berichterstattung verpflichtet. Das Gleiche gilt für staatliche oder supranationale Emittenten.

Wir als Institut können daher keine Gewährleistung für die Erreichung Ihrer Nachhaltigkeitsziele übernehmen.

II. Ihre Kundenangaben gemäß WpHG-Bogen/Selbstauskunft

Im Erhebungsbogen „Kundenangaben“ können Sie erklären, ob Sie für die zu beauftragende Vermögensverwaltung bzw. Anlageberatung Angaben zu Ihren Nachhaltigkeitspräferenzen machen wollen. Die Nachhaltigkeitspräferenzen können Sie ohne Einschränkungen nach Ihrem freien Ermessen angeben. Sofern wir Ihre Präferenzen im Rahmen der von uns angebotenen Nachhaltigkeitskonzeption nicht oder nur teilweise umsetzen können, hat der Gesetzgeber die Möglichkeit vorgesehen, dass Sie Ihre Nachhaltigkeitspräferenzen entsprechend anpassen können. Eine derartige Anpassung erfolgt dann im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen.

III. Ihre Nachhaltigkeitspräferenzen

Nachfolgend geben wir Ihnen einen Überblick, in welcher Weise Ihre Belange aus den Bereichen Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung Berücksichtigung finden könnten. Sie können sich zwischen unterschiedlich starken Ausprägungen der Nachhaltigkeitswirkungen entscheiden. Der Gesetzgeber fordert zudem, dass Ihnen eine Mehrfach-Auswahl angeboten wird.



Gesetzliche Kategorie mit höchster Nachhaltigkeitswirkung:

(Nachhaltigkeit entsprechend der Taxonomieverordnung)

Ich wünsche Investitionen in ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten, die einen mit technischen Bewertungskriterien messbaren wesentlichen Beitrag zur Erreichung eines oder mehrerer Umweltziele leisten. An das Vorliegen eines messbaren wesentlichen Beitrags werden strenge gesetzliche Anforderungen gestellt.

Zu den Umweltzielen zählen:

- Klimaschutz,
- Anpassung an den Klimawandel;
- die nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen;
- der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft;
- Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung,
- der Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme

Beispiele für Umweltziele: Verstärkte Nutzung umweltverträglicher Technologien; Maßnahmen zur erheblichen Verringerung des Risikos für nachteilige Auswirkungen auf das Klima; Maßnahmen zur Erzielung einer deutlich verbesserten Wasserqualität in Gewässern; effizientere Nutzung von Ressourcen.

Die Umsetzung dieser Kategorie erfolgt in der Regel mit entsprechend qualifizierten Investmentfonds, Exchange Traded Funds (ETF) oder gem. Anlagerichtlinien zulässigen anderen Finanzinstrumenten.

Gesetzliche Kategorie mit einer höheren Nachhaltigkeitswirkung:

(Nachhaltigkeit entsprechend der Offenlegungsverordnung)

Ich wünsche Investitionen in Wirtschaftstätigkeiten, die einen einfachen Beitrag zur Erreichung eines oder mehrerer Ziele in den Bereichen Umwelt, Soziales oder gute Unternehmensführung leisten. Die in dieser Kategorie möglichen Ziele sind gesetzlich nicht abschließend definiert.

Beispiele für Umweltziele: Ressourceneffizienz bei der Nutzung von Energie, erneuerbarer Energie, Rohstoffen, Wasser und Boden; Abfallerzeugung und Treibhausgasemissionen; Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die Kreislaufwirtschaft.

Beispiele für soziale Ziele: Bekämpfung von Ungleichheiten; Förderung des sozialen Zusammenhalts, der sozialen Integration und der Arbeitsbeziehungen.

Beispiele für gute Unternehmensführung: Solide Managementstrukturen; gute Beziehungen zu den Arbeitnehmern; gute Vergütungsstrukturen; Einhaltung von Steuervorschriften.

Die Umsetzung dieser Kategorie erfolgt in der Regel mit entsprechend qualifizierten Investmentfonds, Exchange Traded Funds (ETF) oder gem. Anlagerichtlinien zulässigen anderen Finanzinstrumenten.

Gesetzliche Kategorie Berücksichtigung von nachteiligen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren:

(Nachhaltigkeit durch Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsfaktoren – sogenannte PAI's)

Ich wünsche Investitionen in Wirtschaftstätigkeiten, bei denen zumindest die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf die sogenannte Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigt werden.

Zu diesen Faktoren zählen Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

Die Umsetzung dieser Kategorie erfolgt in der Regel mit entsprechend qualifizierten Investmentfonds, Exchange Traded Funds (ETF) oder gem. Anlagerichtlinien zulässigen anderen Finanzinstrumenten.

Informationen zu den Nachhaltigkeitskonzepten der Portfoliomanager, LAIC Vermögensverwaltung GmbH und BV Bayerische Vermögen GmbH, können Sie dem Dokument Anlagerichtlinien entnehmen und/ oder sich online auf der Website der meine Bayerische Vermögen GmbH unter www.meinebv.de/nachhaltigkeit informieren.